



Schwarzbuch EPH

Wie ein windiger Investor Politik und Wirtschaft zum Narren hält

GREENPEACE

Inhalt

- 03** Vorwort
- 04** Der Fall EPH. Porträt eines expansiven Players am Energiemarkt
- 05** Vattenfall, EPH, Mibrag: Auf Kohle aus
- 07** Schöner Schein, schmutziger Deal: Glück auf!
- 10** Der Deal und die Folgen für Natur, Klima und Gesellschaft
- 11** Lieber Staat, was nun?
- 15** Was Greenpeace fordert
- 16** Endnoten

Vorwort

Das Braunkohlegeschäft ist ein spezielles: nach hohen Anfangsinvestitionen für den Aufschluss neuer Tagebaue schließt sich eine Phase mit sprudelnden Gewinnen an. Danach folgt die lange Phase der Wiedernutzbarmachung und Rekultivierung der Bergbaufolgelandschaft, für die in der Hauptbetriebsphase Rückstellungen in erheblichem Maße gebildet werden müssen.

Klimapolitische Rahmenbedingungen, hohe Folgekosten für die Rekultivierung und der zunehmende Druck durch die Energiewende machen der Braunkohle zu schaffen.

Der Vattenfall-Konzern, Betreiber der Braunkohlesparte in der Lausitz über die letzten 16 Jahre, hält nun den Betrieb für klimapolitisch nicht länger verantwortbar. Zudem sieht der schwedische Staatskonzern keine profitable Perspektive mehr für die Braunkohle. Anders dagegen die tschechischen Finanzinvestoren EPH und PPF: das Management glaubt an die Zukunft der Braunkohle, an einträgliche Gewinne nach dem deutschen Atomausstieg und jahrzehntelange Geschäfte mit der Kohle aus der Lausitz. Trotz der Energiewende, trotz der klimapolitischen Herausforderungen und trotz der enormen Folgekosten, die es für die Rekultivierung der Mondlandschaften nach der Braunkohlegewinnung aufzubringen gilt. Und die Nachricht wird von Politik und Wirtschaft in der Lausitz jubelnd aufgenommen. Endlich der ersehnte Hoffnungsschimmer – die Erlösung. Kritik ist unerwünscht.

Das Schwarzbuch EPH beleuchtet die unbekanntesten Seiten der Investoren Energetický a průmyslový Holding (EPH) und PPF Investments Ltd.:

- ein Netz von Beteiligungsgesellschaften, die ineinander verschaltet sind und einer permanenten Umstrukturierung unterliegen. Die EPH ist nicht einmal zehn Jahre jung, hoch verschuldet, ihre Finanzgeber tummeln sich in ausländischen Steuerparadiesen auf Zypern und Jersey. Hier finden sich die Briefkästen der anonymen „Offshore Gesellschaften“ mit beschränkter Haftung.
- Unternehmenskäufe der Offshore-Gesellschaften werden von Banken und Investmentfirmen vorfinanziert, Kredite hin- und hergeschoben.
- Projekte werden in schillernden Farben beschrieben, Zukunftsperspektiven aufgeblasen und wieder fallen gelassen. Durch den ständigen Kauf und Verkauf von Unternehmensteilen bleibt die Geschäftstätigkeit undurchsichtig und unkalkulierbar.
- Kosten und Verpflichtungen werden in die ferne Zukunft verschoben, dafür zurückgelegte Finanzmittel häufig anderweitig verwendet.

Kann das gut gehen? Warum ist sich Vattenfall sicher, in den kommenden Jahren bei der Braunkohle draufzuzahlen während EPH das Braunkohlegeschäft als profitable Goldgrube betrachtet? Aussagen, die auf die Zukunft gerichtet sind, sind immer spekulativ. Aber hier spielen abgebrühte Investoren mit der Blauäugigkeit einer ganzen Region, die allzu gern und leichtfertig ihren Wunschtraum „es geht weiter mit der Braunkohle“ verwirklicht sehen will. Ausgang ungewiss? Leider nein. Die Parallelen zu der spektakulärsten Firmenpleite in der US-Geschichte – der ENRON-Pleite – sind unübersehbar. Wenn leichtgläubige Politiker auf skrupellose Finanzinvestoren treffen, endet das Ganze meist im Desaster. Greenpeace befürchtet, in der Lausitz wird gerade am Fortsetzungsroman des Bestsellers *Verschwörung der Narren*¹ geschrieben. Warum? Die folgenden Kapitel können Ihnen die Augen öffnen.

Karsten Smid / Greenpeace Klima- & Energieexperte

¹ *Verschwörung der Narren. Eine wahre Geschichte. Enron – die Geschichte des größten Skandals der Weltwirtschaft. Ein Sachbuch-Thriller, Kurt Eichenwald, C. Bertelsmann 2006*

Der Fall EPH. Porträt eines expansiven Players am Energemarkt

Um die Geschichte über den anstehenden Verkauf der Braunkohlesparte von Vattenfall zu verstehen, muss man die Geschichte des Unternehmens verstehen, das danach greift

Wer steckt hinter EPH?

EPH (Energetický a průmyslový holding) ist ein tschechisches Energieunternehmen mit Sitz in Prag. Neben dem Abbau von Braunkohle und der Verstromung von Braun- und Steinkohle vertreibt es Strom, Fernwärme und Erdgas über die Transgas-Pipeline von der Ukraine durch die Slowakei und Tschechien bis nach Österreich und Deutschland. Mit einer installierten Leistung von 1.650 Megawatt (MW) elektrisch und 3.195 MW Wärme gehört EPH trotz seiner noch jungen Unternehmensgeschichte nicht nur zu den größeren Energieversorgern in Europa. EPH hat es auch schnell geschafft, zu den wichtigen Wettbewerbern am Markt zu gehören.

Die Vorgängergesellschaft von EPH wurde 1990 von der zyprischen J&T-Gruppe gegründet. Ursprünglich hat EPH hauptsächlich russisches Gas in die EU vertrieben. Schritt für Schritt stieg EPH später in die Energieproduktion und in das Versorgungsgeschäft ein, in dem es sich zunehmend bei in- und ausländischen Kraftwerken und Energieversorgern beteiligte – erst expandierte EPH nach Osteuropa, dann nach Italien und Großbritannien. Inzwischen gehört die EPH-Gruppe drei Firmen: Milees Ltd., Biques Ltd. und EP Investments SARL.² Die ersten beiden gehören zum Firmenkonstrukt J&T Partners I und J&T Partners II. Der J&T-Gruppe gehört EPH zu 66,6 Prozent. Vorstandsvorsitzender von EPH ist ein gewisser Daniel Křetínský. Ihm gehören die übrigen 33,3 Prozent. Zuvor war Křetínský Topmanager bei J&T. Der Konzern expandiert seit Jahren vor allem im konventionellen Energiegeschäft. Inzwischen hält er Beteiligungen in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Deutschland, Italien und Großbritannien.³ Bei seiner Expansion arbeitet EPH seit Jahren eng mit dem Finanzpartner PPF Investments zusammen. Dieses Unternehmen ist auf den Jersey-Inseln im Englischen Kanal registriert, einem Steuerparadies.

In Verruf geraten ist EPH in den letzten Jahren immer wieder durch polizeiliche Ermittlungen, in denen auch die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (Mibrag) eine Rolle spielt: Im Jahr 2009 war es beim Kauf der Mibrag durch EPH zu Unregelmäßigkeiten gekommen, die nicht weiter aufgeklärt werden konnten – der Leiter der Ermittlungen beklagte damals die Vergesslichkeit der in den Fall involvierten Zeugen, was dazu führte, dass die Ermittlungen eingestellt werden mussten.

Doch schon kurze Zeit später, am 24. November 2009, geriet EPH wieder in den Fokus großangelegter Ermittlungen: Die Europäische Kommission⁴ verdächtigte drei tschechische Energieunternehmen, die in direkter Verbindung zu EPH standen, Absprachen getroffen zu haben und einem unerlaubten Kartell anzugehören. Beamte durchsuchten daraufhin die Geschäftsstellen der involvierten Firmen. Im Laufe dieser neuerlichen Ermittlungen erbat ein Mitarbeiter der EU-Kommission Zugriff auf Computer und Server von EPH. Das EPH-Management bestand damals jedoch darauf, die Computer des Unternehmens seien neu, die Rechner enthielten keine für die Ermittlungen wesentlichen Daten. Daraufhin erbat die Kommission Zugang zu alten Firmenrechnern, doch deren Festplatten waren in der Zwischenzeit gelöscht worden. Im nächsten Schritt verwehrte die Kommission EPH-Mitarbeitern den Zugang zu ihren E-Mails, indem sie neue Passwörter setzte. Auf diese Weise wollte die Kommission vermeiden, dass für die Ermittlungen relevante E-Mails gelöscht oder manipuliert würden. Doch schon am nächsten Tag stellten die Kommissionsbeamten fest, dass die Passwörter manipuliert worden waren. Daraufhin beschuldigte die EU-Kommission EPH, die Ermittlungen zu behindern und klagte dagegen. Das Unternehmen wurde schuldig gesprochen und im März 2012 zu einem Bußgeld in Höhe von 2,5 Millionen Euro verurteilt. Erst später kam ans Licht, dass EPH über die Razzia der EU-Kommission rechtzeitig informiert worden war und sich auf den Einsatz vorbereitet hatte.⁵

Zu einem weiteren Einsatz der Behörden im Zusammenhang mit EPH kam es dann im Herbst 2014: Bei einer Razzia in Berlin wurden die Geschäftsräume der Beratungsfirma Goetzpartners durchsucht. Firmeninhaber Goetz war einer der Finanzberater in dem EPH-Geschäftsabschluss mit der Mibrag und Mibrag B. V. aus Amsterdam im Jahr 2009. Er ist ein alter Freund des ehemaligen Mibrag-Vorstandsvorsitzenden Joachim Geisler. Nach dem Verkauf der Mibrag erhielt Goetzpartners von der Mibrag weiterhin Honorare in Höhe von zwei Millionen Euro pro Jahr.⁶ Nach einem Tipp eines Mibrag-Whistleblowers gerieten Goetz und Geisler in den Verdacht der Korruption, Bestechung und Steuerhinterziehung.

Geisler hatte über Umwege Gelder erhalten, die nach dem Kauf an Goetz gegangen waren. Der Vorstandsvorsitzende wurde verhaftet und wegen des Verdachts auf Bestechung, Steuerhinterziehung und Korruption angeklagt. Der Fall ist noch immer anhängig. Seine Posten bei EP Energy und der JTSD, der zwischengeschalteten Mutter der Mibrag, hat Geisler behalten.

Warum schildert das Schwarzbuch EPH diese Geschehnisse?

Weil ausgerechnet die genannte EPH nicht nur Magnus Hall, CEO von Vattenfall, für „sehr gute neue Eigner“ der ostdeutschen Braunkohlesparte seines Unternehmens hält, sondern auch die schwedische Regierung in Stockholm dem Verkauf der Braunkohleförderung an den EPH-Konzern zugestimmt hat. Am 3. Juli 2016 teilte Vattenfall in einer Pressemitteilung mit: „Der Eigentümer (die schwedische Regierung, Anm. des Autors) hat nach einer Prüfung des Vorschlags nun bestätigt, dass er die Verkaufspläne unterstützt“. Stimmt die Europäische Kommission dem Verkauf an EPH auch zu, wird das Geschäft zum 31. August 2016 vollzogen. EPH übernahm damit das zweitgrößte deutsche Braunkohlerevier mit vier Kohlegruben und drei Kraftwerken in Sachsen und Branden-

burg sowie die Beteiligung am Kraftwerk im sächsischen Lippen-dorf, das Vattenfall gemeinsam mit EnBW betreibt. Nach Unternehmensangaben übernahm EPH von Vattenfall neben den Anlagen, deren Wert auf 3,4 Milliarden Euro beziffert wurde, auch die Verpflichtungen der Rekultivierung. Dazu bekommen die Tschechen von dem schwedischen Staatskonzern Barmittel in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro. Vattenfall beschäftigt in der Sparte bislang rund 8.000 Menschen. Der Konzern geht davon aus, dass an der Lausitzer Braunkohle rund 16.000 weitere Arbeitsplätze bei Zulieferern hängen. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart.⁷

Vattenfall ist nun in der Verantwortung zu prüfen, welche Strategien der Käufer verfolgen will, um in Zukunft Natur und Klima in der ostdeutschen Lausitz zu schützen. Dieser Prozess wird in Schweden informell auch „hel och ren“ genannt – ins Deutsche übersetzt bedeutet er „schön und sauber“. Dieses Prinzip beschreibt eine Art Kodex, der garantieren soll, dass Unternehmen die Gesetze und Leitlinien einhalten.⁸ Als Vorbild dienen dabei etwa die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen: Sie fassen Empfehlungen und Weisungen von Regierungen zusammen, die regeln, wie Unternehmen verantwortungsvoll und nachhaltig handeln können. Doch gleichgültig wie streng man das Nice-and-Clean-Prinzip auf den Vattenfall/EPH-Deal anwendet, wirklich sauber gewaschen bekommt man die Umstände dieses Geschäftes nicht.

Vattenfall, EPH, Mibrag: Auf Kohle aus

Nehmen wir den EPH-Haupteigentümer Daniel Křetínský. Seit Jahren finanziert der Unternehmer die Expansionsstrategie seines Unternehmens meist mit riskanten Krediten. Křetínský pflegt Seilschaften zur liberal-konservativen Partei Tschechiens, der ODS (Občanská demokratická strana). Zu seinen Bekannten gehört auch der Lobbyist Marek Dalík. Bekannt wurden Křetínskys Verbindungen im Jahr 2009 durch die sogenannte „Toskana-Affäre“: Hauptfigur des Skandals waren damals der ehemalige Premier und ODS-Chef, Mirek Topolánek. Eine zweifelhafte Rolle spielte zudem Martin Roman, Chef des zu 70 Prozent staatlichen tschechischen Energiekonzerns CEZ. Topolánek verlebte seinerzeit einen dreiwöchigen Urlaub im toskanischen Argentario. Journalisten der tschechischen Wirtschaftszeitung Hospodářské noviny (HN) warfen damals die Frage auf, ob Topolánek den Aufenthalt in einer Villa und die Ausflüge auf einer Yacht selbst bezahlt hatte, weil der Premier in Begleitung von in Tschechien bekannten Lobbyisten fotografiert worden war – darunter auch der CEZ-Mann Vladimír Johanes und Křetínskys Freund, Marek Dalík. Topolánek bestritt kategorisch, sich den Urlaub von jemandem bezahlt haben zu lassen. An den Mietzahlungen für die Villa im Wert von 3300 Euro und der Yacht für etwa 1200 Euro hätten sich alle Anwesenden beteiligt, versicherte er. Die Rechnungen werde er aber nicht zeigen, wie von ihm verlangt wurde, weil er das für Schikane halte. Außerdem sehe er im Treffen der Politiker in Argentario nichts Verdächtiges.⁹

Doch nur wenige Monate später, im Juli 2009, war es ausgerechnet die CEZ, die gemeinsam mit Křetínskys EPH die Mibrag übernahm, inklusive dem Recht, ein Kohlekraftwerk im ostdeutschen Profen zu bauen. Bemerkenswert dabei: Nach der Übernahme wechselten mehrere ehemalige Führungskräfte der staatlichen CEZ zu EPH. Auffällig waren zudem Geldflüsse und Vereinbarungen zwischen CEZ und EPH – für ihren Anteil am Kauf der Mibrag zahlte CEZ 206 Millionen Euro (5,5 Milliarden tschechische Kronen). Zwei Jahre später verkaufte sie ihren Anteil für nur 130 Millionen Euro (3,2 Milliarden Kronen) an die EPH zurück, also für 76 Millionen Euro weniger (2 Milliarden Kronen). Offensichtlich war es ein gutes Geschäft insbesondere für eine Seite: CEZ erhielt zwar im Tausch das Unternehmen Energotrans, das Wärme für die Stadt Prag liefert. Vor allem aber profitierte EPH, weil es Mibrag unter dem Einstandspreis erhielt. Ein Grund für dieses bemerkenswerte Geschäft war die angebliche Neuausrichtung der CEZ-Strategie, in der das vorher hochgejubelte Kraftwerk in Profen plötzlich keine Rolle mehr spielte.¹⁰

Die Rolle des Managers und Lobbyisten Joachim Geisler beim Vattenfall/EPH-Deal



Korruption in Tschechien ist in den letzten Dekaden zu einem ernsthaften Problem angewachsen. Es behindert nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, sondern untergräbt inzwischen auch das Vertrauen des Volkes in Staat und Demokratie. Wie viele andere Geschäfte und Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik geriet auch das oben beschriebene CEZ/EPH-Geschäft ins Visier der Nichtregierungsorganisation

Stiftungsfonds gegen Korruption (Nadacni fond proti korupci, NFPK). Sie stellte damals Strafanzeige wegen des Verdachts auf Korruption: Die NFPK vermutete, CEZ habe im Jahr 2011 seinen 50-Prozent-Anteil an Mibrag verdächtig billig an EPH verkauft – für CEZ ergab sich aus dem Deal ein auffälliger Verlust von bis zu 110 Millionen Euro (2,7 Milliarden Kronen). Am 18. Januar 2013 stellte NFPK deshalb Strafanzeige.¹¹ Doch die Ermittlungen kamen nur schwer voran. Die Verantwortlichen auf Seiten des tschechischen Staatsunternehmens waren nicht sonderlich kooperativ.¹² Im April 2015 sahen sich die Ermittlungsbehörden zwar gezwungen, den Fall auf Eis zu legen. Zeitverzögert aber erreichte er bald auch Deutschland. Zentrale Figur dabei: Joachim Geisler – das Gesicht der deutschen Braunkohleindustrie.

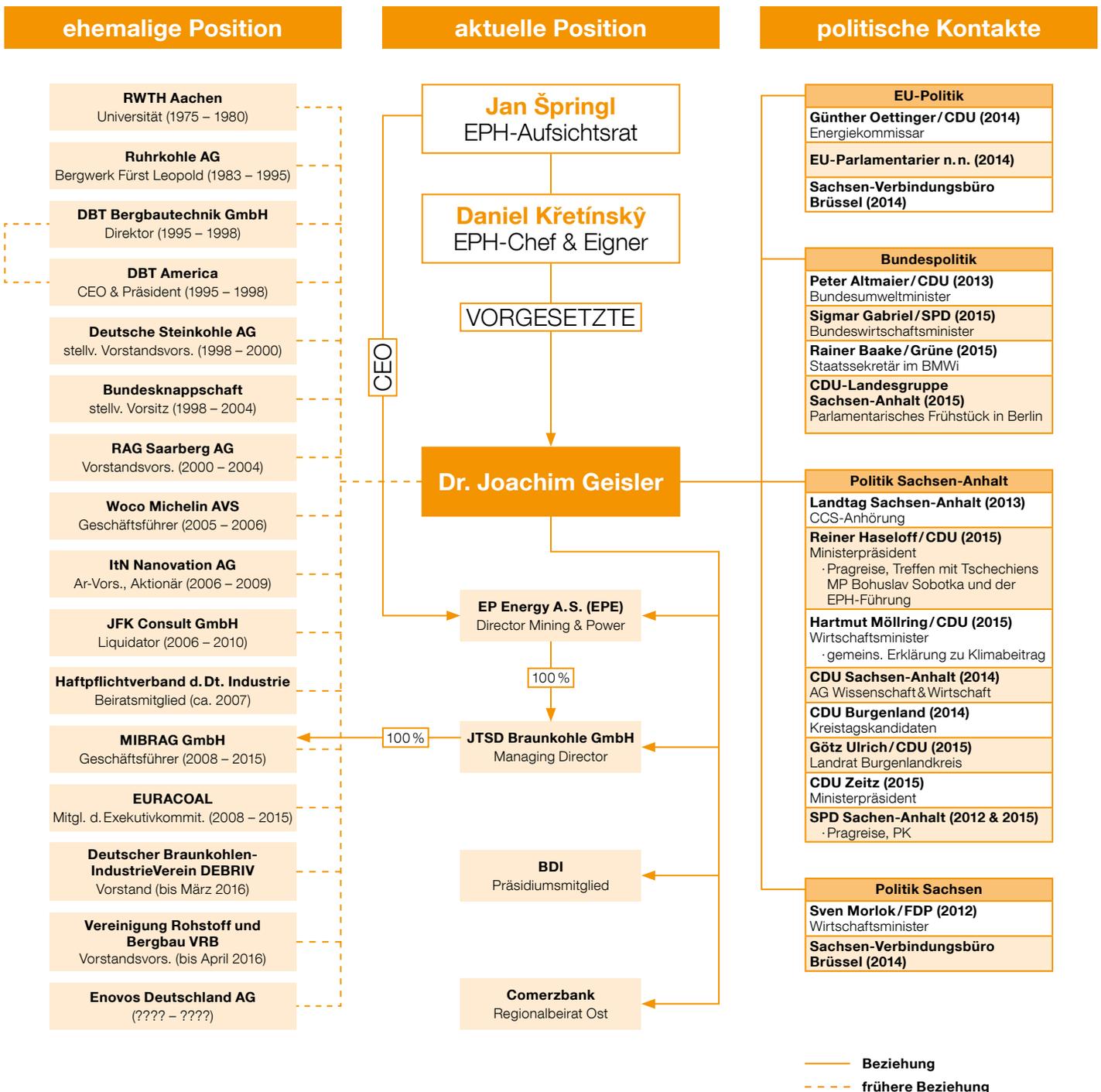
Wer ist Joachim Geisler?

Im Jahr 2008 hatte Geisler, 60, den Vorsitz der Geschäftsführung der Mibrag übernommen, ein Jahr vor dem Verkauf an die EPH. Zuvor war der Manager jahrelang als Chef bei RAG Saarberg tätig, dem größten Energieunternehmen des Saarlands, das zur ehemaligen Ruhrkohle AG gehörte. Geisler gehörte als Mitglied dem Präsidium des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) an und war auch Vorsitzender der Lobbyvereinigung *Rohstoffe und Bergbau*. Jahrelang hat er die Interessen der Braunkohlebranche in Berlin vertreten. Als Direktor der Abteilung für Bergbau und Stromerzeugung der EPH-Tochter EP Energy ist Geisler in die

Pläne des EPH-Bieterkonsortiums um die Übernahme von Vattenfalls Braunkohlesparte einbezogen gewesen.¹³ Geisler gehörte zur Delegation von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU), die im März 2015 die Gespräche mit Tschechiens Ministerpräsident Bohuslav Sobotka, sowie Daniel Křetínský und Tomas David (Generaldirektor von EP Energy) führte. Im Oktober 2015 ist Geisler von seinen Aufgaben bei der Mibrag suspendiert worden. Im Herbst letzten Jahres leitete die Staatsanwaltschaft Bochum gegen Geisler ein Verfahren ein, das im Zusammenhang mit dem „Verkauf der Mibrag“ stand, wie Oberstaatsanwalt Bernd Bienioßek der *Mitteldeutschen Zeitung* sagte.¹⁴ Schmiergeldzahlungen stan-

den im Raum. Reporter des *Handelsblatt* erfuhren aus Kreisen der Mibrag, dass Geisler zwischenzeitlich in Untersuchungshaft gesessen haben soll, aber dann entlassen wurde. Geisler selbst reagierte damals auf Presseanfragen nicht. Auch die Mibrag wollte sich nicht zu Details äußern. EPH erklärte, man sei über die Untersuchungen informiert und an einer Aufklärung interessiert. Man prüfe die Fakten und habe „keine Anzeichen für ein Fehlverhalten“. CEZ betonte im gleichnamigen Artikel des *Handelsblatt*, man sei von den Ermittlungen nicht betroffen und wolle den Fall nicht kommentieren. Pikant bei der gesamten Sache war: CEZ und EPH hatten in jenen Tagen gerade jeweils ihr Übernahmeangebot für die Braunkohleaktivitäten von Vattenfall in Deutschland abgegeben.

Das System Joachim Geisler – seine Verbindung zu Kohlewirtschaft und Politik



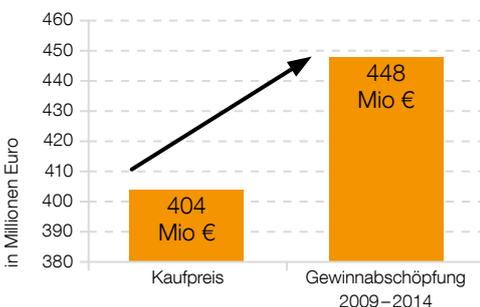
Anders als beim gemeinsamen Mibrag-Kauf 2009 standen sich EPH und CEZ nun also als Konkurrenten gegenüber. Die Beurteilung von Geisler konnte für EPH zu keinem schlechteren Zeitpunkt kommen, denn Geisler sollte das EPH/Vattenfall-Geschäft federführend einfädeln. „Je länger die Staatsanwaltschaft ermittelt, um so unwahrscheinlicher wird seine Rückkehr“ kommentierte damals die *Mitteldeutsche Zeitung*.¹⁵ Wie oben erwähnt, berichtete das *Manager Magazin* im Zusammenhang mit der Causa Geisler über einen gewissen Stephan Goetz, der die Beratungsfirma Goetzpartners in München betreibt.¹⁶ Goetz habe die Mibrag beim Deal mit den tschechischen Firmen CEZ und EPH begleitet, schrieb das *Manager Magazin*. Seine 1991 gegründete Firma gehört zu den aufstrebenden Wettbewerbern der Beraterbranche. Goetz und Geisler hatten im Jahr 2002 schon gemeinsam an den Baden-Badener Unternehmengesprächen teilgenommen und waren einander inzwischen gut bekannt. Geisler pflegte einen engen, fast freundschaftlichen Kontakt zu Goetz. Bei dem EPH/Mibrag-Deal standen die Übernahmeexperten von Goetzpartners beratend zur Seite. Zunächst half Goetz beim Verkauf der Mibrag an die Tschechen. Später folgten regelmäßige Beratungsmandate. Gut zwei Millionen Euro pro Jahr habe die Mibrag sich die Unterstützung aus München kosten lassen.

EPH Investment bei der MIBRAG

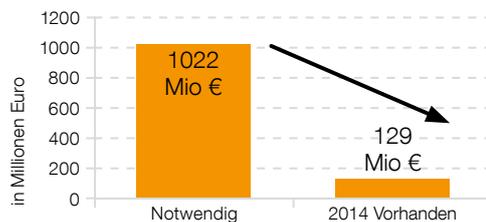
Rückstellungen aufgelöst



Gewinne abgeschöpft



Bergbau-Folgekosten ignoriert



Nähere Erläuterung siehe auch Seite 12.

Die Staatsanwaltschaft aus Bochum ließ Büros in der Zentrale von Goetzpartners durchsuchen und Aktenordner und Computer beschlagnahmen. Ermittler suchten Partner und Angestellte auf. Bald darauf prüften Münchener Finanzbeamte, wie und ob Goetzpartners die Einnahmen aus der Mibrag-Beratung versteuert hatte und ergründeten die Rolle Geislers – ein Mitarbeiter der Mibrag hatte unternehmensintern einen Compliance-Verstoß gemeldet. Dem Whistleblower zufolge hatte Geisler einen Teil der Goetzpartners-Honorare zurückerhalten. Auf Anfrage des *Manager Magazin* teilte Goetzpartners mit, man gebe keine Auskünfte zu Kunden, man unterliege der Verschwiegenheitspflicht. Inzwischen hat die Mibrag den monatelang vakanten Posten mit einem neuen Geschäftsführer besetzt. Der promovierte Maschinenbauer Armin Eichholz, 52, hat die Position zum 1. Juli 2016 angetreten. Eichholz hat seit 1995 beim Energiekonzern RWE gearbeitet. Zuletzt leitete er die Braunkohlekraftwerkssparte bei der RWE Power AG.

Schöner Schein, schmutziger Deal: Glück auf!

In einer funktionierenden Marktwirtschaft wird der Wettbewerb durch eine transparente Präsentation von Produkten und Dienstleistung garantiert – in einem solchen System haben Kunden und Verbraucher die Wahl. Der Wettbewerb in diesem System ist dann außer Kraft gesetzt, wenn Wettbewerber anonym auftreten und sie also unsichtbar sind.

Im Vergleich zu den meisten Wettbewerbern des internationalen Energiemarktes hat das Unternehmen EPH kein Gesicht – weder gibt es eine wiedererkennbare Marke, noch eine konsistente Corporate Identity, geschweige denn einen Kundenservice. EPH verkauft seine Energie nicht an Kleinkunden, sondern an andere Energieversorger. Darüber hinaus weist EPH keinen Aktionärskreis auf, der die Richtung dieses Unternehmens kontrollieren könnte. Eine demokratische Legitimation für Unternehmensstrategien müssen die Eigner nicht einholen,¹⁷ denn EPH wird einzig von drei finanzkräftigen Unternehmern kontrolliert. Unternehmerfiguren wie sie werden Oligarchen genannt.



Nehmen wir Daniel Křetínský. Vielen in der tschechischen Öffentlichkeit gilt der EPH-Vorstandschef als seriöser Geschäftsmann. In dortigen Medien wird er als scheu und intelligent dargestellt, was menschlich stimmen mag. Nicht zurückhaltend ist dagegen seine Motivation als Unternehmer. In einem seiner seltenen Interviews vor einigen Jahren beschrieb er den Antrieb seiner Firma so: „EPH hat großen Hunger auf Investitionen. Im

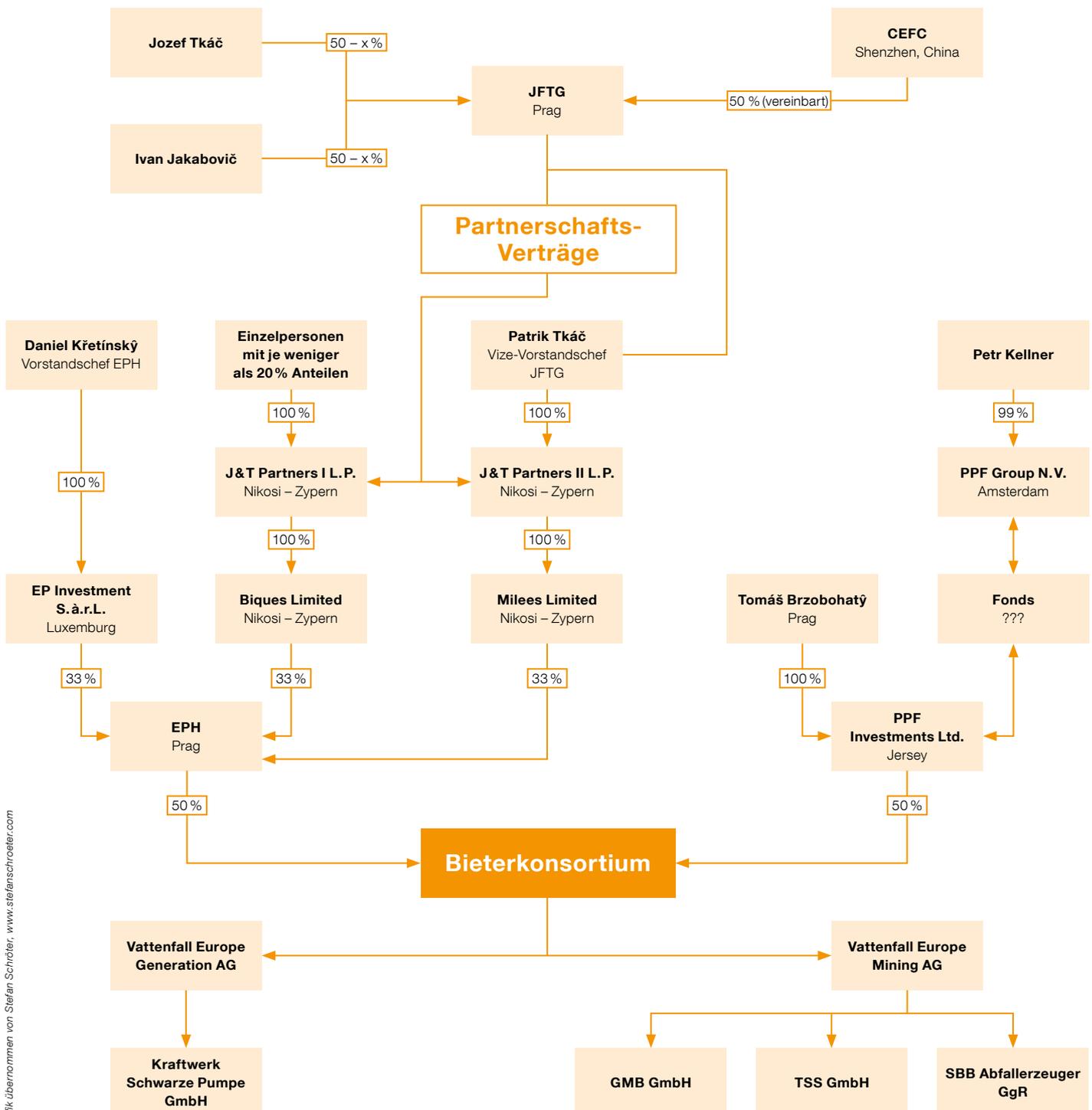
Blick haben wir vor allem die Braunkohle. Aus wirtschaftlichen Gründen ist besonders Deutschland für uns interessant.“¹⁸ Mit dem Kauf der Mibrag hat er seinen Investitionshunger in Deutsch-

land kurz gestillt. Davor hatte Křetínský Kraftwerke traditioneller Energieversorger in Polen, Ungarn und der Slowakei übernommen. Nebenbei ist er Eigner des Fußballklubs Sparta Prag. In der Öffentlichkeit ist er selten zu sehen, was er mit Petr Kellner teilt, dem Haupteigner von PPF, EPHs Finanzpartner im Bieterkonsortium der Vattenfall-Braunkohlsparte.

Die PPF-Webseite beinhaltet nur wenige Informationen über das Unternehmen. Immerhin verweist sie darauf, dass vor allem zwei

Ländersektionen der Investorengruppe PPF federführend sind, die Niederlassungen in China und Russland. Ihre Aktivitäten beschreibt PPF selbst so: „PPF Investments ist eine unabhängige, internationale Private Equity Gruppe mit dem Fokus auf Wachstumsmärkte wie jene in Zentral- und Osteuropa und Asien. Unser Ziel ist dabei, überdurchschnittliche und risikobereinigte Ergebnisse für unsere Investoren zu erzielen, indem wir in Vermögenswerte und Projekte investieren, die signifikantes Wachstumspotential haben.“¹⁹

Die Käufer des Braunkohlegeschäfts von Vattenfall – die Struktur im Mai 2016



Vor allem die auffälligen Verflechtungen der EPH-Eigner mit Partnerfirmen in Luxemburg und auf Zypern werfen Fragen auf, denen Mitarbeiter von Greenpeace nachgegangen sind²⁰: Im Mai 2016 haben sie die Geschäftsräume von EPH-Firmen in der Acropoleos Avenue, Nummer 59–61 in Zyperns Hauptstadt Nicosia aufgesucht. Im ersten Stock des Gebäudes im Büro mit der Nummer 102 trafen sie auf Mitarbeiter einer Firma namens Interquick (interquick.eu). Sie ist spezialisiert auf die Registrierung von Firmen in Steuerparadiesen und sogenannte Steuersparmodelle. Eine Mitarbeiterin namens Jarmila Jánošová, die jahrelang Teil des Managements von J&T war, bestätigte, sie habe im Namen von J&T, die ebenfalls zum Vattenfall-Bieterkonsortium gehören, mindestens tausend Firmen über zypriotische Stellen registriert.

Auffällig ist auch, dass EPHs Finanzpartner PPF in der Steueroase von Jersey Island im Ärmelkanal gemeldet ist. Inhaber Kellner gilt mit einem Privatvermögen von geschätzten rund acht Milliarden

Euro als der mit Abstand reichste Mann Tschechiens und gehörte im Jahr 2009 zu den Mitbegründern von EPH. Nach Berichten der tschechischen Wirtschaftszeitung HN seien die Milliardäre Křetínský und Kellner der Überzeugung, Deutschland betreibe eine fragwürdige Energiepolitik, indem es seine heimischen Energiequellen liquidiere. Das sei für Geschäftsleute aus dem Ausland eine Gelegenheit, diese günstig zu kaufen.²¹ EPH-Sprecher Daniel Castvaj ist davon überzeugt, dass die Strategie seines Unternehmens in Sachen deutsche Braunkohle erfolgreich sein kann. Braunkohle habe als Brückentechnologie eine Zukunft, meint er. Die Energiewende werde länger auf sich warten lassen als von deutscher Seite kalkuliert: „Natürlich respektieren wir die politische Entscheidung der Bundesregierung“, sagte Castvaj *tagesschau.de*.²² „Wir sind aber der Meinung, nach Abschaltung der Atomkraftwerke braucht Deutschland eine heimische Energiereserve. Braunkohle ist billig und sicher. Sie kann also noch für einige Zeit eine sehr positive Rolle spielen.“



Firmensitz der Muttergesellschaften von EPH auf Zypern

Was an dem Vattenfall/EPH-Geschäft ist dann aber „schön und sauber“?

Zur Erinnerung: Vollständiger Eigentümer von Vattenfall ist der schwedische Staat – wenn man so will also der schwedische Steuerzahler. Wird in Schweden staatliches Eigentum veräußert, ist geregelt, dass der Verkäufer die Nachhaltigkeitsinteressen des Käufers zu garantieren hat.²² Für das Unternehmen relevante Entscheidungen, die von strategischer Bedeutung sind, bedürfen der Legitimation durch das schwedische Parlament und der schwedischen Regierung. Wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Belange gehören abgewogen.²³ Immer wieder hat Vattenfall in der Vergangenheit seine Absicht, die Braunkohlesparte an EPH zu verkaufen, mit Argumenten relativiert, man versuche dadurch die CO₂-Bilanz des Unternehmens zu senken – das gehöre nicht nur zu den Zielvorgaben des Unternehmens, sondern entspräche auch den allgemeinen Klimaschutzzielen. Die Wahrheit aber ist: Mit dem Verkauf der Braunkohlekraftwerke an einen Dritten, wird kein Gramm CO₂ eingespart. Die Verschmutzung der Atmosphäre geht munter weiter. Nur unter einem anderen Namen.



Briefkästen-Firmen am Eingang des Gebäudes Akropoleo Nr. 59–61 auf Zypern. EPH's Muttergesellschaften sind bei der Interquick im Apartment 102 registriert.

EPH, so scheint es, verfolgt keineswegs die umweltpolitischen Absichten Vattenfalls und hat bei dem anstehenden Geschäft keinerlei Absicht Emissionen zu reduzieren, sondern ausschließlich wirtschaftliche Ziele. Das Unternehmen spekuliert auf eine erfolgreiche Renaissance der Kohle in Deutschland, wenn die deutschen Atomkraftwerke eines Tages abgeschaltet sein werden: Schon heute ist EPH im Besitz von 27 Kraftwerken. Insgesamt emittieren sie 24 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr, das sind 2,5 Prozent der europäischen Gesamtemissionen. Sollte EPH tatsächlich die Braunkohlesparte von Vattenfall übernehmen, würde sich die CO₂-Rate auf ca. 90 Millionen Tonnen erhöhen – das ist doppelt so viel wie ganz Schweden ausstößt. EPH würde mit der Übernahme zum drittgrößten CO₂-Emittenten Europas aufsteigen, nach RWE und ENEL.²⁴

Weder EPH noch EP Energy, auch nicht PPF, haben jemals einen Bericht zu Klima, Umwelt und Natur herausgegeben.²⁵ Positionen der Unternehmen zu Themen der Nachhaltigkeit sind nicht bekannt. Über PPF Investments gibt es, wie oben schon geschildert, keine öffentlichen Berichte über Umweltaspekte, während EPH und EP Energy umweltpolitische Kategorien in erster Linie als „Risikofaktoren“ erwähnen, die wirtschaftliche Rentabilität einschränken und wirtschaftliches Wachstum verhindern. Die Fakten sprechen für sich – die vollkommene Abwesenheit des Nachhaltigkeitsgedankens in allen involvierten Unternehmen lässt vermuten, dass es auch in der Unternehmensführung und im Management keinerlei Sensibilität für derlei Belange gibt.²⁴ Im Gegenteil: Aus Sicht von EPH, Mibrag und Co. sind die Aussichten für die weitere Ausbeutung von Braunkohle in der Lausitz großartig. Mit zwölf Milliarden Tonnen²⁵ liegt eines der größten Vorkommen an Braunkohle Europas in Ostdeutschland. Vattenfall ist hier der einzige Wettbewerber. Fünf neue Minen sind geplant. Zusammengenommen könnten sie in den nächsten Jahren rund 1,2 Milliarden Tonnen Kohle fördern, die komplett konsumiert den CO₂-Emissionen von Schweden für die nächsten 24 Jahre gleichen.²⁶

Sollte Vattenfall eine seiner umweltschädlichsten Sparten tatsächlich an ein Unternehmen wie EPH übergeben, wäre dies Ballast für die deutsch-schwedischen Beziehungen, ähnlich wie die „Nuon“-Affäre im Jahr 2009: Mit Erlaubnis der schwedischen Regierung hatte Vattenfall damals das holländische Energieunternehmen Nuon für 97 Milliarden Kronen (11,5 Milliarden Euro) gekauft. Das waren 30 Milliarden Kronen über Marktwert. Bei dem Deal damals verdienten vor allem Berater und Topmanager gut. In Schweden gilt es vielen als das schlechteste Geschäft in der Geschichte des Landes.²⁷

Der Deal und die Folgen für Natur, Klima und Gesellschaft

Seit der Pariser Weltklimakonferenz im Dezember 2015 ist unbestreitbar: Braunkohle hat keine Zukunft mehr. Die Klimaziele sehen einen drastisch sinkenden CO₂-Ausstoß vor. Erreichen lässt sich dieses Ziel nur mit einem Kohleausstieg – das ist einer der Gründe, weshalb Vattenfall keine Gewinnmöglichkeiten mehr in seiner ostdeutschen Braunkohlesparte erkennt und sie abstoßen will. Ein anderer Grund ist, dass die klimaschädliche Braunkohleverstromung in Schweden keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr hat. Weil der tschechische Energieversorger EPH dagegen auf eine Renaissance der Kohlekraft nach dem deutschen Atomausstieg spekuliert, will er das Geschäft von Vattenfall übernehmen. In vielerlei Hinsicht jedoch entspricht EPH jener Art von Finanzinvestoren, die der ehemalige Vorsitzende der SPD, Franz Müntefering, „Heuschrecken“ nannte. EPH ist ausschließlich auf Gewinnabschöpfung und Ausbeutung der Braunkohle aus, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für die Umwelt. Das wird für Natur, Klima und Gesellschaft in Deutschland nicht ohne Folgen bleiben.

Natur & Landschaft

Bereits kurz nach der Mibrag-Übernahme hat EPH dort Rückstellungen für die Folgen des Bergbaus in Höhe von knapp 130 Millionen Euro aufgelöst. Den Jahresabschlüssen 2009 bis 2014 zufolge floss der Großteil des Geldes an den Investor. Damit konnte EPH bereits nach fünf Jahren den Mibrag-Kaufpreis in Höhe von 404 Millionen Euro refinanzieren. Hinzu kommt, dass die zu erwartenden Kosten für die Rekultivierung der durch den Kohlebergbau ruinierten Landschaften nach Einschätzung von Greenpeace schön gerechnet wurden:²⁸ In seiner Bilanz für das Geschäftsjahr 2014 erwähnt die Mibrag Risiken und Kostensteigerungen für Rekultivierungen nicht mit einem Wort. JTSD, die Muttergesellschaft der Mibrag, dagegen warnt in ihrem „befreien den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2014“²⁹ in dem Kapitel „Risiken im Zusammenhang mit dem Bergbaubetrieb“ davor, dass künftige Bemühungen, Grundwasser zu beseitigen, nicht ausreichend sein könnten und künftige Anforderungen oder Erwartungen möglicherweise nicht zu erfüllen seien. JTSD plant allerdings erst „nach 2030 mit der Akkumulation erheblicher Barreserven“ für die Rekultivierung zu beginnen. In dem JTSD-Report aus dem Jahr 2011 werden die Dimensionen der Rekultivierung der Tagebaue beschrieben: „Millionen Kubikmeter Erdreich müssen bewegt und hunderte Millionen Kubikmeter Wasser jahrelang in die neuen Tagebauseen gepumpt werden. Es fallen vor allem durch die umfangreichen Erdarbeiten erhebliche Kosten an. Auch die selbst regulierenden Wasserhaushalte wiederherzustellen, ist kostenintensiv.“³⁰ Weiter wird die Rekultivierung als Unternehmensrisiko beschrieben: „Wenn sich das notwendige Ausmaß an Sanierungstätigkeiten erhöht (...), wird von uns unter Umständen verlangt, höhere Rückstellungen zu machen. Darüber hinaus könnten wir verpflichtet werden, Rücklagen zu bilden. Außerdem könnten erhöhte Rückstellungen oder Rücklagen nicht ausreichend sein, um die tatsächlichen Kosten der Rekultivierung oder Entschädigung an Dritte für Schäden an Grundbesitz zu decken. Hinzu kommt, dass immer wieder neue unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten können. Diese Erfahrung steht im Widerspruch zu den Aussagen der Mibrag, die glauben machen, die Wiedernutzbarmachung sei eine Routineangelegenheit, die innerhalb weniger Jahre bewerkstelligt werden könne.“³¹ Die dargestellten Risiken geben genügend Veranlassung dazu, Vattenfall stärker in die Pflicht zu nehmen und Sicherheitsleistungen einzufordern, die der schwedische Energieversorger an den Käufer seiner Kohlsparte weiterreichen muss. „Würde Vattenfall die Braunkohlesparte behalten, wären die negativen Auswirkungen auf die Bilanz von Vattenfall angesichts der prognostizierten Großhandelspreise für Strom noch größer“, hat Unternehmenschef Magnus Hall kürzlich gesagt.³² Das aber führt zu der Frage, wie ein anderer Investor unter den gleichen Rahmenbedingungen dann ein solides Geschäft betreiben will. Deswegen steht zu befürchten, dass die Übernahme der Braunkohlesparte von Vattenfall durch EPH nicht nur so etwas wie der „worst case“ für Umwelt und Klima werden könnte. Auch für die Menschen in der Lausitz und für die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler könnte das Geschäft massive negative Folgen mit sich bringen.

Arbeit & Soziales

Die Bundesregierung hat angekündigt, Braunkohlekraftwerke gegen Entschädigung der Stromkonzerne stilllegen zu lassen. Die Gesamtkosten werden mit rund 1,61 Milliarden Euro berechnet.

Die Kosten werden über die Netzentgelte auf die Stromkunden umgelegt, was etwa 1,75 Euro pro Jahr entspricht. Allein RWE rechnet dadurch mit dem Abbau von 800 bis 1000 Jobs bis 2023.³³ Was würde das für die Arbeitsplätze bei Vattenfall/EPH bedeuten? In der Slowakei steht EPH im Zusammenhang mit der Übernahme des slowakischen Stromversorgers Slovenske Elektrarne derzeit in der Kritik der Gewerkschaften, da der Konzern drastische Lohnkürzungen angekündigt hat. Die Arbeitsplatzgarantie, die EPH für den Fall der Übernahme von Vattenfall versprochen hat, ist auf nicht einmal vier Jahre begrenzt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Eigner von EPH die Strategie verfolgen, soviel Rendite wie möglich aus den Vattenfall-Tagebauen in Ostdeutschland zu ziehen, um den Betrieb dann in die Insolvenz zu führen. In diesem Fall würde der deutsche Steuerzahler auf den Kosten sitzenbleiben, auch auf jenen, die zur Wiederherstellung der Landschaftsflächen benötigt werden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass EPH eines Tages die ostdeutsche Braunkohlesparte an andere Investoren verkauft, vielleicht an Eigner außerhalb Europas. Aus den oben genannten Gründen ist es möglich, dass EPH ...

... das Kapital aus der von Vattenfall übernommenen Braunkohlesparte und den übertragenen Rückstellungen herauszieht, in der Zukunft Insolvenz anmeldet oder sich durch gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen einer Haftung entzieht. Die Milliardenkosten für die Rekultivierung blieben den deutschen Steuerzahlern überlassen.

... weitere Braunkohletagebaue aufschließt und bis zu viermal mehr, nämlich etwa 1,5 Gigatonnen, CO₂ emittiert, als bei einem geordneten und planungssicheren Herunterfahren der Braunkohlesparte bis 2030 wie von Greenpeace und von unabhängigen Experten (z. B. Prof. Hans-Joachim Schellnhuber/PIK) gefordert.

... die Löhne in der übernommenen Braunkohlesparte massiv kürzt und von 2020 an eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen streicht.

... und PPF Politiker und Lobbyisten des eigenen Landes gegen die umweltpolitischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der EU einsetzen. Sollte ein Unternehmen wie EPH stärker in den deutschen Energiemarkt eindringen, ist davon auszugehen, dass es größeren Einfluss auf die deutsche Energieproduktion und Energiepolitik bekommt.

Lieber Staat, was nun?

Braunkohle wird in offenen Minen gefördert und weist einen Landschaftsverbrauch über viele Quadratkilometer auf. Nach deutschem Gesetz sind Bergbauunternehmen deshalb verpflichtet, Landschaften, die sie durch den Bergbau beschädigt haben, wieder herzustellen. Das ist in der Regel mit sehr hohen Kosten verbunden. Finanzielle Rückstellungen sollen sicherstellen, dass nach dem Ende des Bergbaus, die ökologischen Schäden beglichen werden können. Energieunternehmen können frei entscheiden, ob und wann sie solche Rückstellungen vornehmen. Vattenfall und RWE, die größten Bergbauunternehmen, stellen regelmäßig große Summen für die Wiederherstellung der zerstör-

ten Landschaften in ihrer Bilanz zurück. Vattenfall hat beispielsweise für die Wiederherstellung von Landschaften, die durch das Unternehmen seit dem Jahr 2000 genutzt wurden, fast 1,4 Milliarden Euro zurückgestellt. Auch die Mibrag hat das immer ausreichend getan. Ein Vergleich der Geschäftsberichte belegt, dass RWE und Vattenfall einen großen Anteil an den Unternehmenskosten als Wiederherstellungsinvestitionen ausweisen, und Mibrag einen Anteil von 13 Prozent seiner Kosten einkalkuliert – bis sie 2009 von EPH übernommen wurde. Seitdem wurden die ohnehin niedrigen Rückstellungen weiter reduziert.

Das ist deswegen interessant zu betonen, weil EPHs Engagement bei Mibrag gleichzeitig sehr rentabel ist. Folgende Zahlen belegen das:

- Im Jahr 2013 verzeichnete die Mibrag Verkäufe in Höhe von 421 Millionen Euro.
- EPH hat damals einen Reingewinn von 82 Millionen Euro erzielt, der ihr von JTSD ausgeschüttet wurde.
- Im Jahr 2012 wurden von JTSD 83 Millionen Euro an EPH ausgeschüttet.
- Im Jahr 2011 lag der Gewinn bei 67 Millionen, in 2010 bei 70 Millionen und in 2009 – als JTSD gerade ein halbes Jahr Besitzer der Mibrag war – waren es immerhin 33 Millionen Euro.

Seit EPH Eigner der Mibrag ist, hat das Unternehmen also zusammengenommen 415 Millionen Euro an Gewinnen erzielt. Zur Erinnerung: Im Jahr 2009 hatte EPH gerade 400 Millionen für die Mibrag bezahlt.

Immerhin hat Vattenfall angekündigt, seine Rückstellungen für Schäden an Natur und Landschaft auf den neuen Käufer seiner Braunkohlesparte zu übertragen. Außerdem beabsichtigt Vattenfall Klauseln in die Verträge aufzunehmen, die EPH/PPF daran hindern, in den ersten drei Jahren Gewinne zu entnehmen. Auch in den darauf folgenden zwei Jahren sollen die maximalen Gewinnentnahmen limitiert sein. So könnte EPH Rückstellungen für die Wiederherstellung von Landschaft ansammeln.

Was aber ist von einem Käufer zu halten, den man zu Rückstellungen für Natur- und Landschaftsschutz zwingen muss?

Als EPH die Mibrag im Jahr 2009 übernommen hat, lagen die Rückstellungen für die Umweltfolgen der Tagebaue noch bei gut 230 Millionen Euro. Ein Jahr später hatte EPH den Posten um knapp 130 Millionen Euro reduziert. Greenpeace kommentierte damals in einer Stellungnahme, es habe im Jahr 2010 bei der mitteldeutschen Braunkohlesparte nach der Übernahme durch EPH einen „rätselhaften Einbruch der Rückstellungen“ gegeben. Auch im Jahr 2014 betrug die Rücklagen trotz leichter Zunahme nur rund die Hälfte der Höhe vor dem Kauf. Dabei haben Erfahrungen in der Lausitz gezeigt, dass der Rückbau von Kohlegruben eher teurer als billiger wird.

Auch die Grünen im Landtag Brandenburg haben Vorbehalte. In einem Antrag³⁴ an die Landesregierung argumentieren sie, dass durch international verflochtene Strukturen es für EPH möglich sei, „Gelder innerhalb des Unternehmens so zu verschieben, dass Gewinne nicht am Ort der Wertschöpfung zu Buche schlugen, sondern dort, wo die geringsten Steuerbelastungen entstehen. Diese legalen Instrumente der Steueroptimierung können im Falle einer Insolvenz den Zugriff des Staates auf die Rückstellungen zur Renaturierung des Unternehmens erschweren oder unmöglich

machen.“³⁵ Die Landesregierung möge sicherstellen, argumentieren die Grünen, dass das Land gegenüber dem Bergbaubetreiber seine Interessen nicht nur im Insolvenzfall durchsetzen kann. Die Landesregierung wird aufgefordert, EPH/PPF – ähnlich wie in der Atomwirtschaft – einen sogenannten „Stresstest“ aufzuerlegen, der Unternehmens- und Branchenrisiken bewertet. Die Bergbaubetreiber müssten dabei externen Gutachtern Details der Kostenschätzungen offenlegen.

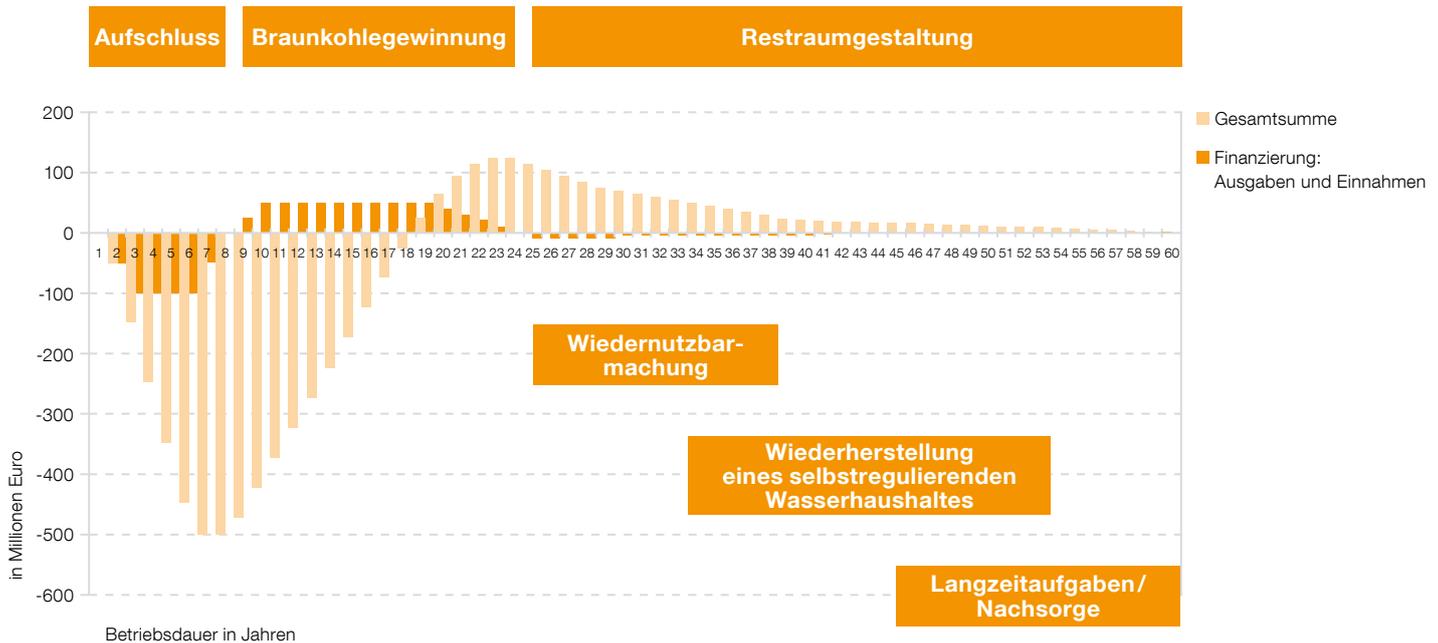
In ihrer Argumentation lehnen sich die Grünen an die Studie *Finanzielle Vorsorge im Braunkohlebereich*³⁶ an. Sie wurde von Klima-Allianz, BUND, Heinrich-Böll- und Rosa-Luxemburg-Stiftung beim Institute for Advanced Sustainability Studies (IAAS) in Potsdam in Auftrag gegeben und kommt zu folgenden Empfehlungen an Gesetzgeber, Regierungen und Landesparlamenten:

- Die aktuelle Praxis der Rückstellungen der Braunkohlewirtschaft muss geändert werden, um sie auf ein tragfähiges Fundament zu stellen. Nach Konzernumstrukturierungen oder Insolvenzen besteht ein zu hohes Risiko für die öffentliche Hand, wenn sie zur Finanzierung der Folgekosten herangezogen wird.
- Um diese Risiken zu mindern, könnten Kostenschätzung und Rückstellungsberechnung durch unabhängige Gutachten bewertet werden, die langfristige Folgekosten und Maßnahmen bewerten und Kosten kalkulieren.
- Der Nachsorge im Wasserhaushalt und aller Schäden, die mit dem Wasserhaushalt in Verbindung stehen, müssten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Bundes- und Landesregierungen können unabhängige Gutachten über Folgekosten erstellen lassen und sie mit den tatsächlichen Rückstellungen vergleichen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Folgekosten und den sogenannten „Ewigkeitslasten“ liegen.
- Bundes- und Landesregierungen sollten ihre Möglichkeiten der Sicherheitsleistung nach Bundesberggesetz § 56 BBergG voll ausschöpfen.

Denn: Sicherheitsleistungen zu erheben, steht im Ermessen der Behörden. Sie sind nach Bundesberggesetz (§ 55, § 56 BBergG) verpflichtet, zu überprüfen, ob die Annahmen der Betreiber plausibel sind. Nach § 56 Abs. 2 desselben Gesetzes können sie die langfristigen Kosten der Wiedernutzbarmachung sichern. Auch können die Landesregierungen ihre Bergbehörden dazu auffordern, Sicherheitsleistungen von den Betreibern nachträglich einzuholen.

Im Übrigen könnte die Bundesregierung durch eine kleine Gesetzesänderung Sicherheitsleistungen auch im Braunkohlebergbau verpflichtend einführen, wie dies beim Rückbau von Windenergieanlagen bereits gemacht wird. Denn es ist schwer nachvollziehbar, dass bei den hohen Folgekosten des Tagebaus Sicherheitsleistungen nicht verpflichtend sein sollen. Als Sicherheiten eignen sich beispielsweise Versicherungen und Bankbürgschaften, diese sind insolvenzfest. Die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds mit Nachschusspflicht bietet die höchste Sicherheit für eine langfristige Finanzierungsvorsorge. Eine weitere Möglichkeit der Finanzierungsvorsorge könnten privatrechtliche Stiftungen sein. Diese könnten allerdings nur mit den Betreibern gemeinsam umgesetzt werden. Wichtig bei dieser Lösung: Betreiber dürfen mit Stiftungsgründung nicht das Haftungsrisiko auf den Staat übertragen; sie müssen auch langfristig in der Nachhaftung bleiben bzw. für eine hohe Anfangsausstattung der Stiftung sorgen.

Braunkohletagebau: Finanzierung & Rückstellungen



Rückstellungen für die Reaktivierung

Bilanz des Braunkohletagebaus: Hohe Anfangsinvestitionen für den Aufschluss neuer Tagebaue können in der darauf folgenden Hauptbetriebsphase zu erheblichen Einnahmen führen. Dem schließt sich eine langandauernde Reaktivierungsphase zur Wiedernutzbarmachung der Bergbaufolgelandschaften an. Für diese müssen Rückstellungen gebildet werden, die einen Großteil der erwirtschafteten Gewinne wieder auffressen.

Die Reaktivierung der Bergbaufolgelandschaften dauert ca. 20 – 30 Jahre. Durch Altlasten kontaminierte Stellen müssen saniert werden. Teilweise müssen für die Zwischenbewirtschaftung freigegebene Gebiete in Folge von Rutschungen wieder gesperrt werden. Die Wiedernutzbarmachung ist keineswegs eine Routineangelegenheit, immer wieder treten unvorhergesehene Probleme auf. Die Verockerung von Gewässern und Sulfatbelastung des Trinkwassers sind Folgeprobleme der Tagebaue,

die zeitlich und räumlich weit über die Bergbautätigkeit hinaus Probleme bereiten. So kann es 50 bis 100 Jahre dauern, bis die Spree wieder klar wird. Die Wiederherstellung eines selbstregulierenden Wasserhaushaltes kann bis zu 100 Jahren und mehr in Anspruch nehmen. Es fallen Kosten für Nachsorge und Langzeitaufgaben (Ewigkeitskosten) für möglicherweise dauerhaft anfallende Sumpfungen oder unerwartete Schadensereignisse an, die mit erheblichen, unkalkulierbaren Risiken verbunden sind.

Die Erfahrungen der Sanierungsgesellschaft LMBV, die gegründet wurde um die Folgen des DDR-Bergbaus abzuwickeln, zeigen, dass selbst nach 25 Jahren und Ausgaben für die Sanierung in Höhe von über elf Milliarden Euro, auch nach 2017 noch über Jahrzehnte erhebliche Finanzmittel von Bund und Ländern bereit gestellt werden müssen.

ZUR SACHE: Rechtliche Verpflichtungen und Möglichkeiten des Staates – Möglichkeiten von Rückstellungen und Sicherheitsleistungen

1. Welche Möglichkeiten bestehen für die Landesbehörden bei der Übertragung der Bergrechte von Vattenfall an EPH zu intervenieren?

Es gibt gesetzliche Möglichkeiten, die Veräußerung von Bergwerkseigentum bzw. die Übertragung einer Bewilligung auf einen Dritten im öffentlichen Interesse zu versagen (§§ 22, 23 BBergG).

Auch wenn die eigentlich tätigen jur. Personen bei der von Vattenfall/EPH vorgeschlagenen Übertragung der Anteile an den Gesellschaften (asset/share deal) dieselben bleiben, könnte man mit dem OVG Münster argumentieren, das in einer Entscheidung vom 12.1.2011, 11 A 1466/08 argumentierte, dass ein „entgegenstehendes öffentliches Interesse“ auch das Interesse der öffentlichen Hand sei, nicht die Kosten vorzufinanzieren oder endgültig zu tragen, die bei der Veräußerung des Bergwerkseigentums an einen Käufer entstehen können, der nicht die erforderlichen Mittel aufbrin-

gen kann, die für die Sicherung der Oberfläche vor Bergschäden, die sich bereits realisiert haben oder bei verständiger Würdigung der Umstände des Einzelfalles zumindest entstehen können... „

Die gesetzlichen Tatbestände könnten ggf. auch auf einen asset deal angewendet werden, denn der Gesetzgeber wollte mit den §§ 22,23 BBergG gerade verhindern, dass der Staat auf den Lasten des Bergbaus „sitzen bleibt“.

2. Wie kann dafür gesorgt werden, dass der Betreiber auch im Insolvenzfall in vollem Umfang für die Folgekosten aufkommt?

Auf Grundlage des BBergG können die Landesbergämter schon heute als Voraussetzung für jeden weiteren Abbau verfügen, dass die Bergbautreibenden zumindest die langfristigen Kosten der Wiedernutzbarmachung per Bürgschaft o. ä. sichern müssen (das wären etwa alle Maßnahmen ab 7 Jahre nach Ablauf des jeweiligen Hauptbetriebsplans):

§ 56 Form und Inhalt der Zulassung, Sicherheitsleistung
 2) Die zuständige Behörde kann die Zulassung von der Leistung einer Sicherheit abhängig machen, soweit diese erforderlich ist, um die Erfüllung der in § 55 Abs. 1 Satz 1

Nr. 3 bis 13 und Absatz 2 genannten Voraussetzungen zu sichern... Über die Freigabe einer gestellten Sicherheit entscheidet die zuständige Behörde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Verlängerung, Ergänzung oder Änderung eines Betriebsplanes entsprechend.

Alle klassischen Sicherungsmittel nach § 232 Abs. 1 BGB sind möglich, wie die Hinterlegung von Bargeld und Wertpapieren, Bestellung von Hypotheken, aber auch Bürgschaften, Versicherungen etc.

Einer der führenden Kommentare im Bergrecht schreibt: „Die Festsetzung einer Sicherheitsleistung nach § 56 Abs. 2 BBergG ist eine Ermessensentscheidung, die bei jeder Zulassung, Verlagerung, Ergänzung oder Änderung eines Betriebsplanes pflichtgemäß zu treffen ist.“ (Boldt/Weller, BBergG, 2016, § 56, Rdnr. 29). Wo früher für die Kosten der Wiederherstellung der schwedische Staat eingestanden hätte, liegt dies in keiner Weise im Interesse von EPH. Im Falle der Übertragung der Vattenfall Braunkohlesparte auf EPH ist eine neue Ermessensausübung also zwingend geboten.

Der Zweck der Sicherheitsleistung gerade besteht darin, Anforderungen zu sichern, die erst in Zukunft zu erfüllen sind und deren Erfüllung deshalb zweifelhaft ist. Sie soll vermeiden, dass im Falle mangelnder Leistungsfähigkeit oder -willigkeit des Unternehmers die Allgemeinheit die zum Teil erheblichen Kosten der Ersatzvornahme tragen muss. (vgl. Keienburg, ZfB 2013, 243).

Für die Erforderlichkeit entscheidend sind deshalb Kriterien wie Ausfallwahrscheinlichkeit des Unternehmers, Interesse der Öffentlichkeit, in diesem Fall nicht die Kosten für die erforderlichen Maßnahmen übernehmen zu müssen, sowie die Kosten des Unternehmers für die Stellung der Sicherheit. Eine Sicherheitsleistung kann nicht nur verlangt werden, wenn konkrete Zweifel an der Seriosität oder Wirtschaftskraft des Unternehmers bestehen.

(vgl. BT-Drs. 8/1315, S. 112; OVG Weimar 8.6.2011, 1 KO 704/07, ZfB 2011, 247, 255 ff.; VG Halle 1.10.2009, 3 A 29/08, ZfB 2010, 33, 37; Sächsisches Oberbergamt (Hrsg.) Merkblatt zur Erhebung und Verwertung von Sicherheitsleistungen gemäß § 56 Abs. 2 BBergG (2010)). In einem Fall zum BImSchG entschied das Bundesverwaltungsgericht: „... setzt die Anordnung einer Sicherheitsleistung ... weder Zweifel an der Seriosität bzw. Liquidität des Betreibers noch Anhaltspunkte für das Fehlen eines Verwertungskonzepts voraus. Vielmehr reicht das allgemeine latent vorhandene Liquiditätsrisiko grundsätzlich aus Eines konkreten Anlasses für die Forderung einer Sicherheit bedarf es nicht. (BVerwG, Urteil vom 13. März 2008 – 7 C 44/07 –, BVerwGE 131, 11–19, Rn. 21).

3. Gibt es eine Sorgfaltspflicht, der die Bergämter nachkommen müssen oder die Dritte einfordern können?

Die Landesbehörden sind nach §§ 55, 56 BBergG zur Überprüfung der Betriebspläne verpflichtet. Die Bestellung von Sicherheitsleistungen nach § 56 Abs. 2 BBergG steht

im Ermessen der Behörde, siehe oben. Eine neue Ermessensausübung ist zwingend, wenn EPH hinter den Abbaubetrieben der Lausitz steht.

Nach Inkrafttreten des neuen Umweltrechtsbehelfsgesetz (UmwRG – voraussichtlich noch 2016) wäre es für anerkannte Umweltverbände wohl möglich, Klage dahingehend zu erheben, dass eine Sicherheitsleistung beauftragt werden muss, da die Wiederherstellung insgesamt im Interesse der Umwelt geboten ist.

4. In welcher Form und Höhe können Sicherheitsleistungen eingefordert werden?

Im Bergrecht liegt die Pflicht zum „Aufräumen“ immer beim Unternehmer, und nicht wie im Atomrecht bei der öffentlichen Hand. Es sind also konkrete Angaben im Rahmen des Betriebsplanverfahrens zu fordern. Auf der Grundlage würde dann die Zulassung für einen Abbaubetrieb (Hauptbetriebsplan) etwa eine solche (bindende) Auflage bzw. Bedingung enthalten:

„Die geschätzten Kosten der Wiederherstellung gem. § 55 BBergG sind außerhalb der bilanzrechtlichen Mechanismen (Rückstellungen) zu sichern. Mit jedem Antrag auf Haupt- oder Sonderbetriebsplan auf Grundlage dieses Rahmenbetriebsplans sind vorzulegen:

- eine Aufstellung der jeweiligen Abbaumaßnahmen oder der vorbereitenden Eingriffe
- eine Kostenschätzung
- Erfüllungszeitpunkt und Schätzung des notwendigen Konjunkturausgleichs
- Bürgschaftsurkunde über die Gesamtsumme von einer Bank oder einem anderen externen Sicherungsgebers oder anderes Sicherungsmittel“

Im Falle eines Abschlussbetriebsplans gelten die oben genannten Regelungen entsprechend. Von einer Bürgschaft für diesen Fall kann abgesehen werden, wenn sich die zuständige Behörde selbst davon überzeugen kann, dass eine Insolvenz des bergbautreibenden Unternehmens über den gesamten Interventionszeitraum (etwa: Überwachung der Flutung des Restlochsees) nach wirtschaftlichem Ermessen ausgeschlossen ist oder persönliche Haftungsübernahmeerklärungen der Aufsichtsorgane des Unternehmens für den Fall von Konzernumstrukturierungen vorliegen.

So würde man auch das Problem lösen, dass über die Höhe der Rückstellungen keine Kontrolle der öffentlichen Stellen möglich ist, bzw. ein Abgleich mit geschätzten Kosten für konkrete Maßnahmen sehr schwer ist. Zudem entzieht man die Finanzierung der Renaturierung vollständig dem Bilanzrecht und damit dem Insolvenzrisiko. Der problematische Abzinsungsfaktor für Kosten in der Zukunft wäre nicht mehr anzuwenden, vielmehr könnte die Abzinsung konkret auf die jeweiligen Maßnahmenpakete berechnet werden. Der Unterschied ist dann, dass die in 20 Jahren voraussichtlich nötige Summe schon jetzt vollständig zu sichern wäre (Bürgschaft o.ä.). Das birgt natürlich Kosten. So macht man es aber tatsächlich mit Kiesabbauunternehmen oder Betreibern von Windkraftanlagen (für den Rückbau der Anlagen).

Was Greenpeace fordert

Fragwürdig ist, wie die Regierungen aus Schweden und Deutschland das Geschäftsgebaren der EPH kontrollieren und die Einhaltung ökologischer, ethischer und sozialer Standards garantieren wollen. Denn: EPH hat erwiesenermaßen keinerlei Interesse an einem schonenden und nachhaltigen Umgang mit Natur, Landschaft und Bevölkerung. Dieses widerspricht dem Code of Conduct von Vattenfall erheblich.

Greenpeace hält die EPH/PPF-Gruppe nicht nur aus oben geschilderten Gründen für einen Geschäftspartner, der eine ausschließlich renditeorientierte Politik verfolgt, die mit deutschen Klimazielen nicht vereinbar ist. Deshalb kritisiert Karsten Smid, Klimaexperte von Greenpeace: „Die schwedische Regierung stiehlt sich mit dieser Entscheidung aus ihrer Verantwortung.“ Die zweifelhaften Methoden von EPH zeigen, dass der neue Investor eine skrupellose Gewinnabschöpfung bei seinen Tochterunternehmen betreibt, nur unzureichende finanzielle Vorkehrungen für die Rekultivierung von Tagebauen trifft und eine rücksichtslose Ausbeutung der Braunkohle ohne Berücksichtigung der umwelt- und klimabedingten Folgekosten zulässt.

Greenpeace meint deshalb:

- ▶ Mit der Weltklimakonferenz in Paris 2015 ist deutlich geworden, dass es keine neuen Tagebaue mehr geben darf.
- ▶ Bis allerspätestens 2030 muss Deutschland aus der Braunkohle aussteigen.
- ▶ Beides wird sich mit EPH als Investor nicht umsetzen lassen. Mehr als eine Milliarde Tonnen Rohbraunkohle lagern noch im Lausitzer Boden.
- ▶ Der Verdacht drängt sich auf, dass Vattenfall die Absicht hat, einen unangenehmen und in Zukunft unprofitablen Geschäftszweig einfach möglichst schnell abzugeben, ohne seine soziale und umweltethische Verantwortung in der Lausitz zu wahren. Denn dieses wird sich mit EPH als Käufer der Vattenfall-Braunkohlesparte kaum machen lassen.

Vielmehr liegt nahe, dass EPH die Kohlevorkommen bis zum letzten Flöz ausbeuten wird, mit unabsehbaren Folgen für Klima und Natur. Zu befürchten ist zudem, dass die tschechischen Eigner Profite und Rücklagen aus dem Vattenfall-Geschäft herausziehen und Milliardenkosten für die Rekultivierung der Braunkohletagebaue den deutschen Steuerzahlern überlassen. Der Käufer macht keinen Hehl daraus, dass Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung in seiner Politik zweitrangig sind. Rendite ist das vordergründige Ziel des Unternehmens.

Braunkohle und Klimaschutz passen nicht zusammen. Deswegen fordert Greenpeace:

- ▶ Deutschland muss den Kohleausstieg gesetzlich festschreiben. Die Umstrukturierungen in der Lausitz müssen schnell erfolgen und sozialverträglich sein.
- ▶ Die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen müssen die Übertragung der Bergrechte an den tschechischen Investor EPH an Bedingungen knüpfen, die mit den nationalen Klimazielen übereinstimmen.
- ▶ Die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen müssen sicherstellen, dass die zu erwartenden Folgekosten vollständig in einem Fonds gesichert werden.
- ▶ Die Kohle muss im Boden bleiben.
- ▶ Die Lausitz braucht eine Zukunftsperspektive – jenseits der Braunkohle.

Die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen müssen jetzt ihre Chance nutzen und den unaufhaltsamen Strukturwandel in der Lausitz politisch gestalten. Der Vattenfall/EPH-Deal darf nicht ohne klima- und umweltpolitische Auflagen durchgewinkt werden. Die Braunkohlesparte sollte in Zukunft in eine staatliche Stiftung überführt werden, um einen sozialverträglichen, geordneten Braunkohleausstieg auf den Weg zu bringen.

Endnoten

- 1 Verschwörung der Narren. Eine wahre Geschichte. Enron – die Geschichte des größten Skandals der Weltwirtschaft. Ein Sachbuch-Thriller, Kurt Eichenwald, C. Bertelsmann 2006
- 2 Unabhängige Berichte der Energiewirtschaft in Ostdeutschland, Mittel- und Osteuropa, Stefan Schroeter, Grafik des Bieterkonsortiums Vattenfall: <http://stefanschroeter.com/52-deutsche-kategorien/vollversion>; Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Ownership structure, Seite 7, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 3 Der Braunkohle-Übernehmer wächst kräftig, Stefan Schroeter, <http://stefanschroeter.com/1220-der-braunkohle-uebernehmer-eph-waechst-kraeftig.html#.V5dBx46GOKE>
- 4 EPH and others, European Commission, Antitrust Procedure vom 28. März 2012, Case Comp/39793:
- 5 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Criminal Investigations, Seite 10, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 6 Jede Menge Kohle, Manager Magazin, Januar 2016, Seite 26
- 7 Tschechen kaufen Braunkohlesparte, MDR Sachsen, 20.4.2016, http://www.mdr.de/sachsen/entscheidung-verkauf-von-vattenfall-braunkohle-100_zc-ecc53a13_zs-570f6b3d.html
- 8 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Seite 28
- 9 Skandal um Topolanek-Urlaub, Der Standard, 1.8.2009, <http://derstandard.at/1246543504279/Skandal-um-Topolanek-Urlaub>
- 10 Expression of CEZ unfavorable articles about the sale of Mibrag, 18.6.2012, <http://news.kurzy.cz/328011-expression-of-cez-unfavorable-articles-about-the-sale-of-mibrag/>
- 11 NFPK, <http://www.nfpk.cz/mibrag>
- 12 SPOLEČNÝ OBCHOD ČEZ A J&T POSTIHLA ZTRÁTA PAMĚTI, aus: Respekt, 22.4.2015 <http://www.respekt.cz/fokus/spolecny-obchod-cez-a-j-t-postihla-ztrata-pameti>
- 13 Schmutzige Geschäfte mit Braunkohle, Handelsblatt, 26.10.2015, <http://www.handelsblatt.com/my/unternehmen/industrie/schmiergeld-verdacht-bei-mibrag-verkauf-schmutzige-geschaefte-mit-braunkohle/12496158.html?ticket=ST-38982-1crYDedfI5ACqhPXdJqb-ap3>
- 14 Verdacht gegen Mibrag-Chef, Mitteldeutsche Zeitung, 15.10.2015 <http://www.mz-web.de/zeit/verdacht-gegen-mibrag-chef-staatsanwaltschaft-bochum-ermittelt-gegen-geschaefsfuehrer-geisler-22998324>
- 15 Die Auf- und Absteiger des Jahres 2015, Mitteldeutsche Zeitung, 31.12.2015 <http://www.mz-web.de/wirtschaft/wirtschaft-in-mitteldeutschland-die-auf-und-absteiger-des-jahres-2015-23402978>
- 16 Jede Menge Kohle, Manager Magazin, Januar 2016, Seite 26
- 17 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Anonymity, Seite 8, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 18 Auf der Jagd nach Kohle, <https://www.tagesschau.de/ausland/vattenfall-braunkohle-105.html>
- 19 PPF Selbstbeschreibung: <http://www.ppf.eu/en/overview>
- 20 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Ownership structure, Seite 6, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 21 Auf der Jagd nach Kohle, <https://www.tagesschau.de/ausland/vattenfall-braunkohle-105.html>
- 22 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Summary, Seite 2, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 23 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Nice and Clean, Seite 2, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 24 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Climate change and the future, Seite 11, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 25 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Climate change and the future, Seite 11, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 26 Nice & Clean 2016, Greenpeace-Report, Climate change and the future, Seite 12, <https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/06/Nice-and-Clean-Final-report-Eng.pdf>
- 27 Mehr Kohlendioxid als ganz Schweden, Tagesspiegel/Potsdamer Neueste Nachrichten, 24.9.2013, <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/790661/>
- 28 Bundesanzeiger: Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH, Zeitz, Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis zu m 31.12.2014 vom 08.01.2016
- 29 Bundesanzeiger: JTSD – Braunkohlebergbau GmbH, Zeitz, Befreiender Konzernabschluss gem. §§291/292 HGB zum Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2014, EP Energy a. s., Brno/CSR, Konzern-Lagebericht vom 24.03.2016
- 30 Bundesanzeiger: JTSD – Braunkohlebergbau GmbH, Zeitz, Befreiender Konzernabschluss gem. §§291/292 HGB zum Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2014, EP Energy a. s., Brno/CSR, Konzern-Lagebericht vom 24.03.2016
- 31 Bundesanzeiger: JTSD – Braunkohlebergbau GmbH, Zeitz, Befreiender Konzernabschluss gem. §§291/292 HGB zum Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2014, EP Energy a. s., Brno/CSR, Konzern-Lagebericht vom 24.03.2016
- 32 Vattenfall gibt Braunkohlegeschaft an Tschechen ab, Reuters, 18.4.2016, <http://de.reuters.com/article/deutschland-vattenfall-idDEKCN0XF1T4>
- 33 Braunkohle-Kompromiss kostet bei RWE bis zu 1000 Stellen, WAZ, 25.10.2015, <https://www.derwesten.de/wirtschaft/braunkohle-kompromiss-kostet-bei-rwe-bis-zu-1000-stellen-id11217555.html>
- 34 Stresstest für Braunkohle-Bergbaubetreiber, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Landtag Brandenburg, 6. Wahlperiode, Drucksache 6/4540, 5.7.2016
- 35 Stresstest für Braunkohle-Bergbaubetreiber, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Landtag Brandenburg, 6. Wahlperiode, Drucksache 6/4540, 5.7.2016
- 36 <http://publications.iass-potsdam.de/pubman/faces/viewItemFullPage.jsp?itemId=escidoc%3A1587903%3A4&view=EXPORT>



Symbolische Säuberungsaktion von tschechischen Umweltschützern gegen den dreckigen Deal des Finanzinvestors EPH mit dem schwedischen Staatskonzern Vattenfall im Juni 2016 in Prag. „Unser Geschäft ist so sauber wie Kohle“ steht auf dem Plakat.

➡ Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Rund 580.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden einen Beitrag an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.